

## Zusammen arbeiten, zusammen leben, zusammen lernen mit Ausländern

**Gerhard Bartel**

*Dipl.-Ing., Referent für Berufsbildung beim Arbeitgeberverband Gesamtmetall, Köln*

**Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall und die IG Metall haben für die Ausbilder in der Metall- und Elektro-Industrie eine Handreichung zum Thema „Zusammen arbeiten, zusammen leben, zusammen lernen mit Ausländern“ entwickelt. Im folgenden werden die Beweggründe zur Erarbeitung dieses Leitfadens sowie der didaktische und inhaltliche Aufbau dargestellt.**

Angriffe gegen ausländische Mitbürger sind immer auch Angriffe gegen unsere staatliche Grundordnung und damit Angriffe gegen uns alle. Solche Ausschreitungen sowie die ihnen zugrunde liegenden Einstellungen erfordern die demokratische Reaktion aller.

Die betriebliche Berufsausbildung ist a priori sicher nicht der primäre Ort für die gesellschaftspolitische Bildung und Erziehung junger Erwachsener. Sie hat „alle Hände voll zu tun“, um in der knapp gewordenen Ausbildungszeit die vorgegebenen beruflichen Anforderungen ausreichend sicher zu vermitteln, und ausländerfeindliche Probleme sind im betrieblichen Alltag eine sehr seltene Ausnahme. Dennoch will auch die Berufsausbildung der Metall- und Elektro-Industrie versuchen, einen eigenen Beitrag zum friedlichen Zusammenarbeiten, Zusammenleben und Zusammenlernen mit Ausländern zu leisten. So bescheiden dieser Beitrag auch sein mag, der Satz von Erich Kästner bleibt gültig: „Es gibt nichts Gutes – außer man tut es!“

Politische Verfolgung, wirtschaftliche Not und – fast unbegreifbar – grausamer Krieg in

Europa haben in den letzten Jahren dazu geführt, daß Ausländer bei uns in Deutschland Schutz suchten und viele einen Platz gefunden haben. Aus dieser Situation heraus sind in der Bevölkerung Unsicherheiten und Ängste entstanden. Aber mit Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus lassen sich solche Probleme nicht lösen; sie werden dadurch nur verschärft. Perspektivlosigkeit und Zukunftsängste sind ein Nährboden für Orientierungslosigkeit und zunehmende Gewaltbereitschaft besonders bei jungen Menschen. Aus unserer leidvollen Geschichte können wir lernen, daß vor allem in wirtschaftlichen Krisenzeiten die „anderen“ als Konkurrenten um Arbeitsplätze und Zukunftschancen im Sinne einer Sündenbockfunktion betrachtet werden. Derartige Entwicklungen bedeuten sozialen Sprengstoff und können dem deutschen Staat Schaden zufügen.<sup>1</sup>

Die Metall- und Elektro-Industrie der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt fast eine halbe Million ausländischer Mitarbeiter. Vor 20 Jahren waren es sogar etwa 700 000. Aufgrund von Schätzungen kann davon ausgegangen werden, daß gegenwärtig wohl mehr als 25 000 ausländische Jugendliche in diesem Industriebereich zu Fachkräften ausgebildet werden. In den Betrieben arbeiten Menschen aus den verschiedensten Ländern mit unterschiedlichen kulturellen, soziologischen und religiösen Wurzeln mit ihren deutschen Kollegen friedlich zusammen. Die Beschäftigung von Ausländern hat in der Metall- und Elektro-Industrie eine lange Tradition.

Auch aus der betrieblichen Berufsausbildung sind Gesamtmetall keine nennenswerten größeren Probleme in der Zusammenarbeit von



deutschen und ausländischen Jugendlichen bekannt geworden. Es gibt – so wird uns immer wieder aus den Ausbildungsbetrieben bestätigt – zwischen ausländischen und deutschen Jugendlichen nicht mehr Streit als zwischen deutschen oder ausländischen Jugendlichen selber. Rassistisch oder fremdenfeindlich zu begründende innerbetriebliche Zwischenfälle sind – soweit sie überhaupt vorkommen mögen – sicher die krasse Ausnahme im betrieblichen Alltagsgeschehen.

## Beweggründe für die Entwicklung einer gemeinsamen Handreichung

Angesichts dieser Sachlage mag sich die Frage aufdrängen, was denn Gesamtmetall und die IG Metall dazu bewogen hat, eine Handlungsanleitung „Zusammen arbeiten, zusammen leben, zusammen lernen mit Ausländern“ zu entwickeln und den Ausbildern der Metall- und Elektro-Industrie zur Integration in ihren Unterweisungskanon zu empfehlen. Aus der Sicht von Gesamtmetall (wobei wir uns mit der IG Metall weitgehend einig glauben) seien hierfür einige – wie wir meinen – gute Gründe angeführt:

1. Die insbesondere über die Medien bekannt gewordenen fremdenfeindlichen Ausschreitungen der letzten Jahre waren und sind leider nicht als einmalige und kurzfristig vorübergehende Vorkommnisse einzuschätzen. Bei einem bestimmten, wenngleich wohl relativ geringen Prozentsatz der Bevölkerung müssen mehr oder weniger latent vorhandene fremdenfeindliche Einstellungen und Vorurteile unterstellt werden. Das Spektrum reicht von „Drahtziehern“ über „Nachahmungstäter“ bis hin zu „Mitläufern und Sympathisanten bzw. Gleichgültigen“. Extremistische politische Gruppierungen tun ein Übriges, um Ausländerfeindlichkeit zumindest unterschwellig latent zu schüren und wachzuhalten. Solange diese Situation andauert, sind alle demokratischen Kräfte gefordert, Stellung zu beziehen.

2. Gesamtmetall und die IG Metall halten gemeinsam die entschlossene Verteidigung unserer demokratisch-rechtsstaatlichen Ordnung für notwendig. Beide Organisationen sehen in fremdenfeindlichen Exzessen nicht nur einen Angriff auf die Ausländer – der allein schon aus ethischen Gründen entschieden zu verurteilen wäre –, sondern im Kern einen mittelbaren Angriff auf uns alle als Träger unseres Staatswesens. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland trennt als grundlegende Staatsgewalten die Legislative, Judikative und die Exekutive und weist sie den drei weitgehend unabhängig voneinander agierenden jeweiligen staatlichen Institutionen (Parlamente, Gerichte und Polizei) zu.<sup>2</sup> Die Brandstifter von Solingen, Mölln oder Hoyerswerda gaben sich ihre Gesetze selber, fällten auch gleich das Urteil und schritten dann „ad personam“ zur Exekution. Die staatliche Gewaltenteilung inklusive des staatlichen Gewaltmonopols wird von ihnen außer Kraft gesetzt. Spätestens an dieser Stelle sind deshalb alle demokratischen Kräfte unmittelbar selber von fremdenfeindlichen Ausschreitungen betroffen.

3. Eine Vielzahl von Aufrufen, Appellen oder Aktionen hat bereits den Standort von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden deutlich gemacht. Solche öffentlichen Standortbestimmungen sind notwendig und sicher hier und da auch hilfreich. Die Nachhaltigkeit der Wirkung solcher Appelle läßt aber ebenso oft auch zu wünschen übrig. Tiefergehende Informationen zum Thema „Ausländer“ (wie in den Handreichungen angeboten) können die Kontinuität von Aufrufen und Einzelaktionen wirkungsvoll ergänzen.

4. Wir wollen die Ausbilder der Metall- und Elektro-Industrie ermutigen und befähigen, sachgerecht und umfassend informiert mit ihren Auszubildenden über die vielen Facetten des Aufenthalts von Ausländern in Deutschland sprechen und diskutieren zu können. Da die hierzu unverzichtbare sachliche Informationsbasis nur sehr arbeitsaufwendig aus öffentlich zugänglichen Materialien und Verlautbarungen auffindbar und un-

terweisungstechnisch aufbereitbar ist, wollen wir diese Lücke mit den entwickelten Handreichungen schließen.

5. Unser eigentliches Ziel ist es, die etwa 160 000 Auszubildenden der west- und ostdeutschen Metall- und Elektro-Industrie zu befähigen und zu ermutigen, auf der Grundlage ihrer im betrieblichen Alltag erlebten guten Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Ausländern auch und vor allem außerhalb der Betriebe auf der Basis abgewogener Standpunkte vorurteilsfrei zu reagieren und verantwortlich mitzureden. Besonders in der Freizeit in Diskotheken, auf der Straße, in öffentlichen Verkehrsmitteln oder wo sonst auch immer im öffentlichen Leben sollen die in der Metall- und Elektro-Industrie ausgebildeten Fachkräfte den von dumpfen Ängsten bewegten oder den von unverdauten braunen Ideologien verführten Krawallmachern argumentativ gefestigt entgegentreten können.

Gesamtmetall und die IG Metall haben gemeinsam insgesamt etwa 15 000 Exemplare der etwa 90 Seiten umfassenden „Handreichungen“ der betrieblichen Ausbildungspraxis der Metall- und Elektro-Industrie zur Verfügung gestellt. Die meisten dieser Schriften sind von Ausbildern und Betriebsräten abgerufen worden. Es kann nun davon ausgegangen werden, daß die Botschaft der Handreichungen zunehmend einen festen Platz im Rahmen betrieblicher Unterweisungen, sozialpädagogischer Seminare oder bei ähnlichen Gelegenheiten finden wird.

## Didaktischer Aufbau

Die Schrift ist in fünf Kapitel gegliedert. Der didaktische Aufbau ist in allen fünf Kapiteln vergleichbar:

- Zu Beginn werden die dem jeweiligen Kapitel zugehörigen wesentlichen Lernziele genannt.
- Als nächstes wird dem Ausbilder eine kurze Einführung in das jeweilige Thema vorge-schlagen.



- Hieran schließen sich Hinweise und Tips für eine Heranführung der Auszubildenden an das Thema an.
  - In einem weiteren Teil (dies ist der jeweils umfassendste Hauptteil der einzelnen Kapitel) werden den Ausbildern umfangreiche Sachinformationen angeboten. Diese Sachinformationen sind z. T. durch folienfähige Texte, Tabellen und Schaubilder unterstützt, um den Ausbildern die Vorbereitung von Unterweisungen durch raschen Zugriff auf wesentliche Fakten und deren Visualisierung zu erleichtern.
  - Die Kapitel schließen jeweils mit methodischen Anregungen, wie z. B. mit diskussionseröffnenden Fragen, mit Kontrollfragen sowie mit Hinweisen auf weiterführende Literatur und/oder mit einschlägigen Presseauszügen zum jeweiligen Thema ab.
- Wir gehen davon aus, daß der Kern der Informationen den Auszubildenden – entsprechend der Anzahl der Themenfelder – etwa fünf Unterweisungsstunden (gegebenenfalls auch hier und da Doppelstunden) angeboten und vermittelt werden kann. Wir lassen bewußt offen, ob sich hieran noch ein weiterer Diskussions- und Vertiefungsprozeß anschließt. Hinweise für mögliche Rollenspiele oder Beispiele betrieblicher Aktionen zum Thema „Gemeinsam gegen Ausländerfeindlichkeit“ runden deshalb die methodischen Anregungen am Ende der einzelnen Kapitel ab.

## Zum Inhalt der Schrift

### Kapitel 1 „Wer sind die Ausländer?“

Hier werden im wesentlichen die Zuwanderungsgründe der Ausländer beschrieben. Es wird deutlich gemacht, daß wir den Großteil der Ausländer – Stichwort Gastarbeiter – selber gerufen haben, daß deutschstämmige Aussiedler ein Zuzugsrecht haben oder daß Krieg und Vertreibung ein grundgesetzlich verankertes Asylrecht garantieren. Es werden Vergleiche mit unseren europäischen Nach-

barstaaten gezogen, und es wird auch das sensible Gebiet „Wirtschaftsflüchtlinge“ nicht ausgespart. In politisch strittigen Fragen – wie der Frage „Wer ist in Grenzfällen wirklich asylberechtigt?“ – sollen unsere Auszubildenden lernen, daß man zwar unterschiedlicher Auffassung über eine als entweder zu offen oder als zu restriktiv empfundene Asylgesetzgebung sein kann, daß die Diskussion hierüber aber politisch geführt werden muß und keinesfalls mit Molotow-Cocktails und Baseballschlägern gegen die bei uns lebenden Ausländer ausgetragen werden darf. Sie sollen weiterhin die wesentlichen Teilgruppen aus der „Gesamtgruppe Ausländer“ identifizieren können und Gründe erkennen können, die zur Anwesenheit von Ausländern in Deutschland geführt haben bzw. führen. Nicht zuletzt sollen unsere Auszubildenden wichtige lebensbestimmende kulturelle und religiöse Wurzeln unserer ausländischen Nachbarn besser kennen und verstehen lernen.

### Kapitel 2 „Ausländerbeschäftigung warum?“

In diesem Themenfeld wird erläutert, warum in Deutschland trotz hoher Arbeitslosigkeit die Beschäftigung von Ausländern unverzichtbar bleibt. Die Bedeutung ausländischer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen für das Funktionieren von gewerblicher Wirtschaft, Dienstleistungsbereichen und öffentlichem Dienst wird am Beispiel bestimmter Branchen (Bergbau, Gießereien, Hotel- und Gaststättengewerbe, Müllabfuhr usw.) besonders deutlich gemacht. Es wird die Einsicht vermittelt, daß Ausländer den Deutschen keine Arbeitsplätze wegnehmen, sondern bei uns wichtige und unverzichtbare Arbeiten durchführen, für die es oft gar keine oder zu wenig deutsche Bewerber gibt. Die Entwicklung der Zuwanderung von Ausländern wird vom Beginn der 60er Jahre an (Anwerbeabkommen mit diversen Mittelmeer-Anrainerstaaten inklusive Portugal) über den sogenannten „Anwerbestopp“ Anfang 1973 bis in die 80er Jahre hinein darge-

stellt. Ein aktuelles Bild der Ausländerbeschäftigung und ein kurzes Eingehen auf die Ausländerpolitik der ehemaligen DDR runden die Informationen dieses Kapitels ab. Die Auszubildenden sollen insbesondere verstehen lernen, welche Gründe zur Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften geführt haben, und warum trotz hoher Arbeitslosigkeit in Deutschland auch weiterhin ausländische Arbeitnehmer beschäftigt werden.

### Kapitel 3 „Beitrag der Ausländer zum Wohlstand in Deutschland“

In diesem Kapitel wird versucht, dem verbreiteten Vorurteil entgegenzuwirken, die Ausländer lebten generell auf „unsere Kosten“ und belasteten insbesondere die Sozialsysteme überproportional. Dies geschieht insbesondere durch die Darstellung der vielfältigen Beiträge ausländischer Arbeitnehmer zu unserem Wohlstand sowie durch die Anleitung zu einer differenzierenden Betrachtungsweise der einzelnen Ausländergruppen. So sollen die Auszubildenden erkennen, daß ausländische Arbeitnehmer wie andere Bürger auch Steuern entrichten oder Beiträge zu Kranken- und Sozialversicherungen leisten. Ihre Beiträge zu den Sozialversicherungen sind bislang sogar deutlich höher als die in toto hieraus empfangenen Leistungen. Ein Fortzug der Ausländer würde unter anderem zu erheblichen Steuerausfällen führen. So wurde für die Stadt Düsseldorf vor wenigen Jahren errechnet, daß bei Abwanderung von nur drei Vierteln der ausländischen Bevölkerung ein monatlicher Steuerausfall von ca. zehn Mio. DM entstehen würde. Aber auch als Konsumenten, deren Kaufkraft wiederum Arbeitsplätze sichert, oder als Unternehmer selber sind Ausländer nicht mehr wegzudenken. Im März 1991 gab es beispielsweise ca. 150 000 selbständige Ausländer (nur West-Länder). Ihr Anteil an den freien Berufen ist steigend. Abschließend wird in diesem Kapitel auch auf die vielfältigen kulturellen Bereicherungen verwiesen, die wir durch die Anwesen-



heit von Ausländern aus den unterschiedlichsten Nationen erfahren. Insgesamt sollen unsere Auszubildenden verstehen lernen, daß Ausländer wesentliche Beiträge zu unserem Wohlstand leisten und ihr Wegzug erheblich mehr Probleme schaffen statt lösen würde.

#### Kapitel 4 „Gewalt gegen Ausländer“

Dieses Kapitel setzt sich mit der Gewalt gegen Ausländer auseinander. Es geht hierbei nicht nur um die Verurteilung physischer Gewalt, wie sie immer wieder in Brandanschlägen oder Überfällen zum Ausdruck gekommen ist. Diese „unmittelbare“ Gewalt ist ebenso unmittelbar erkennbar. Ihre Wurzeln liegen meist in angestauten Aggressionen und dumpfen Existenzängsten oder in unverdaulichem rassistischem Gedankengut. Es wird aber ebenso deutlich, daß Gewalt auch in anderen Ausdrucksformen vorkommt. Hierzu wird insbesondere auf die Sprache und ihre Bedeutung für die Entwicklung von Gewaltbereitschaft eingegangen. Die Wahl der Worte, die gegebenenfalls einseitige Auswahl und Kommentierung bestimmter Ereignisse und Entwicklungen kann gezielt versuchen, Gefühle anzusprechen und Emotionen zu schüren. Während die Unmenschlichkeit von Anschlägen auf Ausländer unmittelbar sichtbar wird, ist die Verführung durch Sprache weitaus subtiler und deshalb schwerer zu erkennen. Wir wollen versuchen, unsere Auszubildenden auch gegenüber solchen schleichenden Verführungen sensibler und damit resistenter zu machen. Insbesondere sollen unsere Jugendlichen aber erkennen, daß Gewalt kein Mittel zur politischen Auseinandersetzung sein kann und darf.

#### Kapitel 5 „Typisch deutsch, typisch Ausländer“

Dieses letzte Kapitel befaßt sich mit der Entstehung und Auflösung von Vorurteilen. Es wird zunächst deutlich gemacht, daß wahrscheinlich niemand völlig frei von Vorurteilen ist. Typische Klischees wie z. B.:

- Schotten sind geizig
  - Japaner treten in Gruppen auf und fotografieren
  - Amerikaner kauen Kaugummi
  - Italiener sind lebenslustig und essen Spaghetti
  - Arbeitslose sind faul usw. usw.
- sind häufig auf bestimmte Nationalitäten bezogen und in ihrer Simplifizierung ebenso falsch wie sie andererseits ungerechtfertigte gefährliche nationale Überlegenheitsgefühle unerschwerlich verstärken können. Unsere Auszubildenden sollen erkennen lernen, wie solche Vorurteile in jedem von uns entstehen können, und vor allem die Bereitschaft entwickeln, solche Vorurteile kritisch zu hinterfragen. Den Ausbildern wird nahegelegt, zu versuchen, anhand von Einzelbeispielen Vorurteile aufzulösen.

#### Informationsveranstaltungen für Ausbilder

Zur Einführung in die Problematik sowie zur Motivation der Ausbilder, sich dem Thema „Ausländerfeindlichkeit“ zu stellen, führen die IG Metall und Gesamtmetall gemeinsam eine Reihe von ganztägigen Informationsveranstaltungen mit möglichst flächendeckender Wirkung im Laufe des Jahres 1995 durch. Eine erste „Pilotveranstaltung“ wurde bereits Ende 1994 im Berufsförderungszentrum in Essen durchgeführt. Den Schwerpunkt der Veranstaltung bildeten vier parallele Workshops, in denen gemeinsam mit den Ausbildern versucht wurde, bereits vorliegende Erfahrungen in bezug auf ausländerfeindliche Vorkommnisse bzw. integrationsfördernde Beispiele auszutauschen sowie Umsetzungsstrategien für die Botschaften der „Handreichungen“ zu entwickeln und zu diskutieren. Zur Auflockerung des sehr konzentrierten Arbeitsprogramms traten in zwei kurzen Sequenzen zwei türkische Kabarettisten (KNO-BI-BONBON) auf, deren ebenso heitere wie besinnliche Beiträge meist wie ein Spiegel wirkten, in dem sich Deutsche wie Ausländer

gleichermaßen kritisch reflektieren konnten. Eine weitere Veranstaltung für Ausbilder aus Berlin und Brandenburg sowie aus den angrenzenden Bezirken Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern fand in Berlin im Siemens Bildungszentrum statt. Gut 100 Ausbilder aus Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie stellten sich diesem Thema. Hier war sowohl in den vier Arbeitsgruppen als auch bei Diskussionen im Plenum ein hohes Maß an Engagement zu spüren. Zwei ehemalige Auszubildende der Firma Siemens trugen mit der nachgespielten Situation der Entstehung, Eskalation und Auflösung eines Streites zwischen einem ausländischen und einem deutschen Mitarbeiter in gelungener kabarettistischer Art sehr zur Anregung von Umsetzungsbeispielen bei.

Die Präsidentin des Deutschen Bundestages – Frau Dr. Süßmuth – hatte in einem eingespielten Video-Interview ebenfalls zur Problematik ausländerfeindlicher Vorkommnisse eindeutige Stellung bezogen. In diesem Interview hat sie unter anderem die Ausbilder als wichtige Bezugspersonen für die Persönlichkeitsentwicklung der Jugendlichen unmittelbar angesprochen und sie aufgefordert, sich gezielt der Aufgabe zu stellen, einen Beitrag (im Sinne der Handreichungen) zum friedlichen „Zusammen arbeiten, zusammen leben und zusammen lernen mit Ausländern“ zu leisten.

In dem bereits eingangs auszugsweise zitierten gemeinsamen Vorwort der Schrift heißt es: „Gesamtmetall und IG Metall vertrauen den betrieblichen Ausbildern diese verantwortungsvolle Aufgabe an. Der vorgelegte Leitfaden in Form dieser „Handreichungen“ soll Ihnen dabei eine gute Hilfe und Orientierung sein.“

#### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Vgl. Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände e. V., Industriegewerkschaft Metall Vorstand (Hrsg.): *Handreichungen für Ausbilder in der Metall- und Elektro-Industrie „Zusammen arbeiten – Zusammen leben – Zusammen lernen mit Ausländern“*, Köln, 1994, S. 6

<sup>2</sup> Siehe z. B. Art. 20 GG